

Niederschrift
über die 36. Sitzung des 6. Beirates für Seniorinnen und Senioren
der Landeshauptstadt Kiel am Donnerstag, den 03.05.2018
im Magistratssaal

Beginn der öffentlichen Sitzung: 10.00 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 13:00 Uhr

Niederschrift: Frank Reiser

Anwesende Mitglieder:

Herr Bröer
Frau Brüggemann
Herr Fischer
Herr Fricke
Herr Glüsing
Frau Hartz
Herr Holz-Edelhagen
Herr Jungnickel
Herr Münzberg
Herr Petsch
Frau Pötter
Herr Reyer
Frau Scheffer
Herr Schick
Frau Scholz
Herr Scholz
Frau Schunke
Frau Segler
Herr Stanjek
Frau Tiedemann

Entschuldigte Mitglieder:

Frau Hämäläinen
Herr Klatte
Frau Koch
Frau Packbier

Verlauf der Sitzung:

TOP 1: Begrüßung und Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Scholz eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Begrüßung der Gäste:

Herr Festersen, Leiter des Bürger- und Ordnungsamtes,
Herr Oschmann, von der Fraktion Bündnis'90/Die Grünen,
Herr Bornhöft vom Beirat für Menschen mit Behinderung,
Frau Parulan-Holzhüter vom Forum für Migrantinnen und Migranten,
Frau Schnücker-Schulz vom Amt für Soziale Dienste – Leitstelle „Älter werden“ und Gäste aus der Bevölkerung.

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

TOP 2: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

TOP 3 – Ergänzung: Genehmigung der Niederschrift der außerordentlichen Sitzung vom 10.04.2018

TOP 4 – Schwerpunktthema = TOP 5

TOP 5 – Seniorinnen und Senioren regen an = TOP 4

Die Tagesordnung wird mit diesen Änderungen einstimmig genehmigt.

TOP 3: Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.04.2017

Änderungen und Ergänzungen:

Der Termin unter 7.3 fand nicht auf einer Ortsbeiratssitzung statt, sondern beim Runden Tisch in Elmschenhagen/Kroog. Er wird zum Tagesordnungspunkt 7.4 verschoben.

Die Niederschrift wird mit diesen Änderungen einstimmig genehmigt.

Genehmigung der Niederschrift der außerordentlichen Sitzung vom 10.04.2017

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form einstimmig genehmigt.

TOP 4: Seniorinnen und Senioren regen an

Herr Oschmann berichtet, dass er nach der Kommunalwahl nicht mehr im Rat vertreten sein und in dieser Funktion auch nicht mehr an den Sitzungen des Beirates teilnehmen wird.

Der Beirat dankt Herrn Oschmann für die Zusammenarbeit.

Frau Parulan-Holzhüter tritt von ihrem Ehrenamt in Kiel zurück und wird sich in Zukunft ausschließlich in Achterwehr engagieren.

Der Beirat dankt Frau Parulan-Holzhüter für die Zusammenarbeit.

TOP 5: Schwerpunktthema

5.1 Kommunalen Ordnungsdienst (KOD)

Als Referent ist der Leiter des Bürger- und Ordnungsamtes, Herr Festersen eingeladen.

Herr Festersen verweist auf den Antrag in ALLRIS zur Einrichtung eines KOD.

Aufgaben und aktuelle Planung:

- 18 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter;
- Kontaktperson für die Bürgerinnen und Bürger;
- „Augen“ der Behörden;
- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind berechtigt, bei Ordnungswidrigkeiten den Personalausweis zu verlangen;
- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden eine „Uniform“ in Anlehnung zur Polizei tragen;
- Es gibt noch Klärungsbedarf zur „Bewaffnung“ der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Schlagstock, Handschellen, Pfefferspray, ...);
- illegale Müllentsorgung, Einhaltung der Anleinpflcht, Präsenz durch Streifengänge, Verbot der Fütterung von Möwen, Tauben und Enten;
- In erster Linie soll durch die Präsenz eine Verhaltensänderung erreicht werden;

- Keine Zuständigkeit für Verkehrsvergehen, allerdings werden Vergehen nicht ignoriert;

Fragen aus dem Beirat:

- Der KOD soll nicht nur mit anderen Rechten sondern auch mit anderen Pflichten ausgestattet werden: Beratung der Bürgerinnen und Bürger. Die allgemeine Informationspflicht besteht selbstverständlich.
- Vielen älteren Menschen fehlt der „Schutzmann“ im Quartier. Das wird der KOD nicht leisten. Das ist weiterhin Aufgabe der Polizei.
- Eine Uniformierung wird kritisch gesehen, da so eventuell kein Vertrauen aufgebaut werden kann. Hier gilt es abzuwägen, wie erkennbar und autoritär der KOD auftreten soll und ab welchem Punkt er dadurch „abschreckend“ wirkt.
- Wie wurden die Einnahmen in Neumünster kalkuliert? Herr Festersen betont, dass er den Verzicht auf eine Gegenfinanzierung in Kiel für sinnvoll hält.
- Aus dem Papier wird nicht deutlich wie die „Ordnungsmacht“ geregelt wird. Sie sollen unmittelbaren Zwang, mit Maß, ausüben dürfen.
- Wird der KOD auch in der Nacht tätig sein? Es wird zwei Schichten geben, voraussichtlich bis in die frühen Abendstunden. An Samstagen wird es einen Dienst geben, an den Sonn- und Feiertagen nicht. Bei großen Veranstaltungen (z.B. Kieler Woche) wird der KOD die bisherige Präsenz ergänzen.
- Wann soll der Einsatz beginnen? Gibt es eine Zeitschiene? Eine Umsetzung in diesem Jahr wird nicht möglich sein. Dazu gibt es derzeit noch Klärungsbedarf: Eingruppierung, Fitness, Eignung usw.
- Werden besondere Stadtteile bedient? Der Einsatz erfolgt stadtweit mit den Schwerpunkten: Bahnhof, Gaarden, Mettenhof.
- Was passiert mit den Daten, wenn Bürgerinnen und Bürger Verstöße melden? Wenn diese Verstöße durch den KOD nachvollziehbar sind, werden die Daten nicht benötigt. Es kann aber notwendig sein, dass man als Zeugin/Zeuge aussagen muss.
- 18 Personen, in zwei Schichten, immer zu Zweit – werden als zu gering erachtet. Es müssen jetzt erst einmal Erfahrungen gemacht werden. Ob diese Ausstattung ausreichen wird, muss sich dann zeigen.

- Welche Qualifikationen müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KOD haben?
Das wird aktuell noch mit den zuständigen Ämtern abgestimmt. Voraussichtlich Verwaltungsfachangestellte mit spezieller Schulung für die Aufgabe im KOD.
- Wie kann mit der Problematik der „Fahrradrowdys“ umgegangen werden?
Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben derzeit noch kein Anhalterrecht.
- Gibt es ein schriftliches Konzept? Ist eine Beteiligung des Beirates gewünscht?
Es gibt eine Vorlage dazu in ALLRIS. Der Beirat kann Vorschläge machen und die Anregungen in dem entsprechenden Ausschuss einbringen.
- Wie ist die Mobilität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geregelt?
Derzeit ist eine Motorisierung nicht vorgesehen. Sollte sich Bedarf ergeben, wird dies zu prüfen sein. Der Einsatz von Fahrrädern wird vorgeschlagen.

Die Fachgruppe „Schutz und Sicherheit“ wird beraten, ob sie eine offizielle Stellungnahme verfassen wird.

5.2 Wohnen und Verkehr aus Sicht der Kieler Seniorinnen und Senioren. Als Referentin ist Stadträtin Frau Grondke, als Leiterin des Dezernats für Stadtentwicklung und Umwelt eingeladen.

Die Fragestellungen wurden von den Fachgruppen erarbeitet und mit der Einladung zugestellt. Herr Scholz begrüßt Stadträtin Frau Grondke, die diese Fragestellung ebenfalls im Vorfeld erhalten hat.

Stadtentwicklung:

Die Einflussnahme ist möglich und durchaus umfassend, muss allerdings bei großen Projekten über die Ausschüsse und die Ratsversammlung abgestimmt werden. Für Frau Grondke nimmt die Barrierefreiheit bei der Planung oberste Priorität ein. Sie bittet darum konkrete Probleme zu melden, damit diese abgebaut werden können.

Wohnraumversorgung:

Da wurde in der Vergangenheit, nicht nur in Kiel, zu wenig Handlungsbedarf gesehen. Hier sind umfassende Planungen auf den Weg gebracht. Allerdings lassen sich diese Ziele nicht kurzfristig umsetzen. Aktuell stehen mehrere Anträge im Bauausschuss zur Entscheidung an.

Es werden gerade 25 Flächen überplant. Es stehen Fördermittel zur Verfügung, allerdings wird sich auch der Bau nicht kurzfristig umsetzen lassen. Dabei werden insbesondere auch die Interessen von Seniorinnen und Senioren berücksichtigt.

Viele Projekte bedürfen einer langfristigen Planung: MFG5-Gelände, Flughafen – da steht der Volksentscheid an. Es müssen unterschiedliche Interessen und Bedarfe in den Blick genommen werden.

Nach diesem Überblick werden Fragen aus dem Beirat gestellt:

- Baugenossenschaft – gibt es da Planungen?
Die Wankendorfer, die GeWoBa und andere werden aufgefordert entsprechende Angebote abzugeben, sie werden allerdings nicht bevorzugt.

Es gibt auch private Baugemeinschaften die Anträge auf Baugrund stellen. Frau Grondke verfolgt das Ziel innerhalb des Dezernates eine Agentur zu schaffen, die eine Koordinierung übernimmt und private Baugemeinschaften berücksichtigt.

- 30% Regelung für barrierefreie Wohnungen – Wer hat das festgelegt?
Das steht so in der Landesbauordnung. Die Kommune ist da eigentlich schon weiter und würde gerne vorrangig eine „inklusive“ Bebauung genehmigen. Allerdings müssen die politischen Entscheidungswege eingehalten werden. Mit den Investorinnen und Investoren wird gesprochen und verhandelt, allerdings ist der Spielraum eingeschränkt.
- Bei der Berichterstattung in der Presse wird mehr von jungen Familien berichtet? Wie könnten die Interessen von Seniorinnen und Senioren mehr vertreten werden?
Frau Grondke hatte schon angesprochen, dass sie vorrangig inklusiv plant und ausschreibt. Dieser Prozess ist in Gang gesetzt. Eine Planung nach Zielgruppen hat sich eigentlich überholt und ist „aus der Zeit gefallen“ – Stichwort heute ist: „Alle Quartiere für alle.“
- Wie kann das Grundstück, das an Möbelkraft verkauft wurde, wieder an die Stadt übergehen?
Inzwischen ist ein ordnungsgemäßer Bauantrag eingegangen und es muss davon ausgegangen werden, dass Möbelkraft bauen wird.
- Verfahren zur Enteignung unbebauter Grundstücke durch die Stadt?
Derzeit werden alle Grundstücke erfasst und versucht mit den Eigentümerinnen und Eigentümern in Verhandlungen zu treten.
Es sollen erst einmal die aktuellen Verfahren abgeschlossen werden. Nur so kann deutlich werden, welche weiteren Bedarfe noch bestehen. Eine Enteignung von Grundstücken ist derzeit nicht notwendig und wäre auch nicht das vorrangige Mittel, zum dem die Stadt greifen würde.
- Barrierefreies Bauen ist nicht automatisch teurer und sollte vermehrt in den Fokus genommen werden!
Dieser Eindruck sollte mit konkreten Zahlen untermauert werden, damit diese Argumentation greift und umgesetzt werden kann.
Frau Scheffer gibt den Hinweis auf die Anträge im Altenparlament zu diesem Thema.
- a) Stadtteil Alt-Ellerbek – dort gibt es ein vermülltes Grundstück?
b) Einfamilienhäuser mit 2000-3000 qm großer Grundstücke – wie kann die Hintergrundbebauung erleichtert werden?
a) Frau Grondke sieht dort ebenfalls Handlungsbedarf, allerdings gibt es derzeit vorrangigere Aufgaben. Es wird nicht aus den Augen verloren.
b) Die Ermöglichung der Hinterlandbebauung von privaten Grundstücken ist eine sehr komplexe Thematik und bringt in der Regel wenig planbaren Wohnraum.

Fragen zum Thema Verkehr: Ruhebänke während der Kieler Woche, Qualität der Wartehäuschen im ÖPNV. Wie kann die Dezernentin darauf Einfluss nehmen?

- Frau Grondke nimmt dieses Thema mit und wird dazu Rückmeldung geben. Sie möchte gerne konkrete Vorschläge, wo der Bedarf von Ruhebänken gesehen wird.
- Die Mobilitätsstationen sind geplant. Man ist mit den Designerinnen und Designern im Gespräch. Die Anregungen aus dem Beirat hat sich Frau Grondke notiert und wünscht sich weitere konkrete Vorschläge. Allerdings sind auch hier eine Vielzahl von Interessen zu koordinieren.
- Zugang zu freien Toiletten – Stichwort „Nette Toiletten“? Dafür ist der ABK zuständig (Ansprechpartnerin ist Frau Teichert)

TOP 6: Mitteilungen des Vorstandes

- Die nächste Vorstandssitzung ist am 28. Mai
- Kieler Woche – Der neue Leiter des Kieler Woche Büros, Herr Dornberger, hat die Bitte geäußert, die Anträge des Beirates zu konkretisieren (Ruhezonen, Toiletten). Es soll im Rahmen der Kieler Woche eine Begehung stattfinden. Der Termin wird noch mitgeteilt.

Es entsteht eine Diskussion, ob eine gemeinsame Begehung mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung stattfinden kann.

Dies wird von der Mehrheit der Mitglieder des Beirates unterstützt.

- Haushalt: Derzeit liegt ein Vorschlag der Fachgruppe Öffentlichkeitsarbeit vor. Es müssen noch die genauen Zahlen ermittelt werden. Ebenso für die Einrichtung der neuen Homepage. Die Fachgruppen werden erneut gebeten, die notwendigen Haushaltsmittel anzumelden.
- Am 15.05. Musik am Nachmittag – Kiel Suchsdorf. Als zusätzliche Unterstützung melden sich: Frau Pötter, Frau Schunke. Eine zusätzliche Einladung der Einrichtungen für Seniorinnen und Senioren über die Leitstelle ist nicht notwendig.
- Der Landesseniorenrat hat um die Rückmeldung der Delegierten gebeten. Diese Rückmeldung wird über den Vorstand erfolgen. Die Sitzung findet am 18. Juli in Brokstedt statt. Die Tagesordnung liegt noch nicht vor.
- Die Weihnachtsitzung des Beirates findet im Haus des Sports statt.
- Herr Scholz informiert über Personalprobleme in der Leitstelle „Älter werden“. Frau Schnücker-Schulz berichtet, dass aktuell nicht alle freie Stellen besetzt werden können und die Aufgaben auf das vorhandene Personal verteilt werden müssen.
- Die nächste Sitzung findet am 07.06. mit dem Thema Quartiersarbeit – AnNa (Anlaufstelle Nachbarschaft) statt. Die Trägerinnen und Träger sind zu dieser Sitzung eingeladen. Frau Schnücker-Schulz wird nach Abstimmung mit Herrn Scholz über die Historie der Neuausrichtung sowie den aktuellen Sachstand und die weiteren Schritte berichten.
- Die Sitzung im Juli wird das Thema Seniorenplan haben. Der Vorstand bereitet dies entsprechend vor.
- Die Steuerungsgruppe trifft sich am 11. Juli. Die Fachgruppen sollen die Themen erarbeiten und weiterleiten.
- Schulung ALLRIS: Frau Heineke aus dem Büro Stadtpräsident wird zwei Termine und den Ort festlegen und bekannt geben.

- Es gibt derzeit noch keine abschließende Regelung für die Ausstattung mit Tablets für die delegierten Mitglieder in den Ausschüssen.

TOP 7: Berichte

7.1 Fachgruppen

An dieser Stelle werden die Ergänzungen der Beiratsmitglieder erfasst, die sich nicht aus den Protokollen der Fachgruppen ergeben.

- **Ältere Menschen im öffentlichen Verkehrsraum**
Für den Beirat haben 10 Mitglieder an der Besichtigung des Hörnbades teilgenommen. Während einer „Probephase“ können die Beiratsmitglieder ein weiteres Mal das gesamte Bad besichtigen (Juli/August). Herr Glüsing berichtet über diverse Termine und Veranstaltungen. Die Ergebnisse sind oder werden in den Protokollen der Fachgruppen veröffentlicht.
- **Wohnen und Pflege**
Das Protokoll wird auf dem nächsten Treffen der Fachgruppe genehmigt und den Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

7.2 Ausschüsse

An dieser Stelle werden die Ergänzungen der Beiratsmitglieder erfasst, die sich nicht aus den Niederschriften in ALLRIS und der Berichtserstattung in der Presse ergeben.

- **Ausschuss für Arbeit, Soziales, Wohnen und Gesundheit**
Der Antrag zur Verbesserung der Heimaufsicht steht auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses. Herr Scholz weist darauf hin, dass die Heimaufsicht dem Ordnungsamt zugeordnet ist. Der Internetauftritt werde aus seiner Sicht den Bedarfen nicht gerecht und informiere nur unzureichend.
Es gibt derzeit noch keine Stellungnahme aus der Verwaltung zum Antrag „Pflegesituation im städtischen Krankenhaus“.

7.3 Ortsbeiräte

An dieser Stelle werden die Ergänzungen der Beiratsmitglieder erfasst, die sich nicht aus den Niederschriften in ALLRIS und der Berichtserstattung in der Presse ergeben.

7.4 Andere Gremien und sonstige Veranstaltungen

./.

7.5 Berichte aus Ämtern und Betrieben

./.

TOP 8: Anträge

Es liegen vier überarbeitete Anträge vor, die bereits vom Beirat für Seniorinnen und Senioren beschlossen wurden. Diese wurden mit der Einladung versendet und liegen den Mitgliedern vor. Da diese Anträge in der Substanz nicht verändert wurden, wird darüber zusammenfassend abgestimmt.

Diese Anträge werden in der vorliegenden Form einstimmig genehmigt.

Diese Anträge stehen demnächst in ALLRIS zur Verfügung.

TOP 9: Verschiedenes Termine und Einladungen

./.

TOP 10: Schließung der Sitzung: 13.00 Uhr